Europa zuerst!

Für den Sozialwissenschaftler Claus Leggewie ist die Europawahl Gradmesser für den Kurs, den Europa nimmt

» *Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung*, so hat der Sozialwissenschaftler Claus Leggewie sein jüngstes Buch betitelt und plädiert darin für mehr Kohärenz und mehr Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Europas Glaubwürdigkeit habe auch darunter gelitten, dass die soziale Ungleichheit in den Gesellschaften und zwischen Regionen wachse. Bei der Europawahl 2019 geht es für Leggewie deshalb auch um eine Richtungsentscheidung: Werden die „illiberalen Demokraten" und Populisten mit ihrer europakritischen Position gewinnen – oder eine politische Mitte, welche Europa stärker integrieren und seine Werte bewahren will? Das Interview führte Ute Schaeffer.

In vielen Ländern Europas sind Populisten an der Regierung beteiligt, die Diskussion um europäische Werte wird härter geführt. Welche Wirkung hat das mit Blick auf die politische Ordnung im Europäischen Parlament?

Wir erleben gerade eine Auflösung der beiden Blöcke rechte und linke Mitte, die das Europäische Parlament seit den 1970er-Jahren dominiert haben. Drei Bewegungen bündeln neue Kräfte: Ganz rechts das „Movement" des amerikanischen Ultranationalisten Steve Bannon, ganz links mit dem früheren griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis mit eurokritischer, aber proeuropäischer Intention und in der Mitte eventuell ein „Europe en marche", das von Macron inspiriert ist. Wir haben also die Wahl! Es gibt programmatische Auseinandersetzungen und mobilisieren sollte Europas Bürger, den rechten Durchmarsch im europäischen Parlament zu verhindern.

Sie sagen, wir haben eine europäische Gesellschaft aber noch keine europäische Politik. Welche Politikfelder müsste durch Europa viel stärker gestalten?

Wir haben eine Wirtschafts- und Währungsunion. Wir haben rudimentäre politische Institutionen, die einem supranationalen Staatswesen gleichkommen, aber es natürlich nicht sind. Was wir nicht haben, ist eine Sozialunion. Auch keine eine Fiskalunion. Was wir nicht haben, ist eine Sicherheitsunion und ebenso wenig eine Umweltunion. Wir haben auch keine Bildungsunion. Das sind die Arbeitsfelder, in denen wir die Zusammenarbeit in Europa deutlich vertiefen müssten und mit denen der Themenwechsel weg von der Fixierung auf Flüchtlinge, Migration und Islam gelingen kann.

Macrons Plädoyer für solche Vertiefungen und eine stärkere Zusammenarbeit in Europa wurden sehr wohl auch in Deutschland gehört. Doch er bekam dafür auf Ebene seiner politischen Gesprächspartner, der Bundesregierung zumindest keine lautstarke Zustimmung. Seine Vorschläge wurden eher zurückhaltend und zögerlich aufgenommen. Haben Sie Verständnis dafür, dass Deutschland nicht stärker an diese Europa-Initiative des französischen Präsidenten anknüpft?

Überhaupt nicht, denn das schadet den deutschen Interessen massiv! Wir hätten sehr viel stärker auf das eingehen sollen, was Macron vorgeschlagen hat. Damit meine ich nicht, alles eins zu eins zu übernehmen – aber seine Impulse aufzunehmen. Man hat den jungen Mann in Paris am ausgestreckten Arm

© Georg Lucas, Kulturwissenschaftliches Institut, Essen

Der deutsche Politikwissenschaftler Claus Leggewie war von 2007 bis 2017 Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI), einer gemeinsamen wissenschaftlichen Einrichtung der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen. Leggewie ist u. a. Mitherausgeber der **Blätter für deutsche und internationale Politik.**

verhungern lassen. Das ist aus meiner Sicht ein großes Versäumnis der deutschen Politik. Die Verhandlungen zur Regierungskoalition in Deutschland zogen sich hin – und darüber ist sehr viel Zeit vertan worden. Und wir tun so, als könnten wir die Bearbeitung und Lösung der europäischen Krise endlos hinausschieben. Das ist aber nicht so.

Welche Reformvorschläge Macrons halten sie für wegweisend?

Macron will ein Europa, das uns schützt. Er will deshalb mehr Konvergenz in der Sicherheitspolitik. Mir leuchten auch seine Vorschläge in Richtung einer Fiskalunion ein, d. h. des Ausbaus der europäischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft zu einer sozial gerechteren und auch fiskalpolitisch ausgeglicheneren Union. Mir gefallen die Initiativen zur europäischen Universität, die er eingebracht hat. D. h. nicht nur ein Erasmus Programm zu haben, sondern eine europäische Elite zu schaffen, welche die Zukunft Europas gestaltet. Mir gefallen viele Dinge, die er umweltpolitisch im Blick hat, auch wenn das innenpolitisch in Frankreich nur sehr schwer durchzusetzen ist. Aber ich glaube, dass mit ihm Klimaschutzpolitik weit besser zu machen ist als mit anderen in Europa.

Die traditionellen Parteien und politischen Gruppierungen beschränken sich darauf, auf die Bedrohung europäischer Werte durch völkisch-autoritäre Nationalisten nur zu reagieren, anstatt eine eigene kraftvolle und überzeugende Politik und Botschaft dagegen zu setzen. Das sieht man unter anderem an den Wahlerfolgen von Rechtspopulisten in vielen Ländern Europas oder auch an der hilflosen Übernahme rechter Kampfbegriffe wie „Asylindustrie“ oder „Staatsversagen“ durch die konservative Mitte. Warum fällt uns eine attraktive europäische Erzählung so schwer?

Offenbar sind wir lieber Untergangspropheten, als das wir uns konkret mit den Mühen der Ebene aussetzen und ein europäisches Projekt auf den Weg bringen. Ich finde es bemerkenswert, dass die Erzählungen von Bannon oder Varoufakis selbst jene in den Bann schlagen, die sie ablehnen, und man sich damit endlos beschäftigt, aber nicht mit den pragmatischen Reformvorschlägen von Macron und anderen. Es ist aus meiner Sicht eine Deformation der europäischen Öffentlichkeit, sich um die Katastrophe mehr zu kümmern als um die Möglichkeiten, diese zu verhindern.